

# Die



# informiert

## Antrittsbesuch bei Innenminister Studt

GdP-Delegation spricht Stellenabbau, Erschwerniszulagenverordnung und weitere Punkte an

**KIEL.** Knapp drei Wochen nach seinem Amtsantritt kam eine GdP-Delegation unter Leitung des Landesvorsitzenden Manfred Börner zu einem Antrittsbesuch mit Innenminister Stefan Studt zusammen. Börner, der von seinem Stellvertreter Andres Kropius und dem Landegeschäftsführer Karl-Hermann Rehr begleitet wurde, nahm die Gelegenheit wahr, mit dem neuen Minister über die drängendsten Fragen in der Polizei zu sprechen.



Das wichtigste Thema war der beabsichtigte Stellenabbau. Börner stellte die schon jetzt greifbare Belastung der Landespolizei dar, verwies auf die Strategische Lücke von mindestens 160 Fehlstellen und bezeichnete den Stellenabbau als erheblichen politischen Fehler. Studt machte die Gesamtsituation des Haushaltes deutlich, insbesondere die 2010 beschlossene Schuldenbremse.

Weitere Themen waren die mit dem Vorgänger Studts - Andreas Breitner - verabredete deutliche Anhebung der Sätze für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) und Ausweitung des Zusatzurlaubes für Schichtdienstleistende. Hier war es nach einem GdP-Interview zum Komplex DuZ mit dem Innenminister zu Irritationen gekommen. Studt sagte zu, dass er sich für eine Anhebung einsetzen werde, jedoch nichts zu Umfang und Zeitpunkt sagen könne. Dies erfordere Gespräche mit Staatskanzlei und Finanzministerin.

Andreas Kropius sprach dann die Fortführung des Personalentwicklungskonzeptes, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, an. Hier wurde Kontinuität signalisiert.

Ein weiterer Punkt grundsätzlicher Art war die GdP-Forderung nach dem Eingangssamt A 8 für den Polizeivollzugsdienst als Zwischenschritt. Der Vergleich zwischen den Bundesländern zeigt, dass Schleswig-Holstein bereits jetzt abgeschlagen in seinem finanziellen Engagement für die Polizei steht.

Zum Schluss machten die GdP-Vertreter deutlich, dass es keine vergleichbare Beschäftigungsgruppe in der Landesverwaltung gibt, die täglich Beleidigungen, Schmähungen und körperliche Gewalt auf der Straße erlebe. Dies sei bei allen Entscheidungen stets zu würdigen.

Der Landesvorstand

**Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.,**  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,  
eMail: [gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de](mailto:gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de), 16. Oktober 2014 – Nr. 23/2014  
[www.gdp-sh.de](http://www.gdp-sh.de)